

# LANDTAG INTERN

## INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

48. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 9 · 17. Oktober 2017

### Tihange

Der Streit um die Atomkraftreaktoren im belgischen Tihange – unweit der Grenze zu NRW – stand auf der Tagesordnung des Oktober-Plenums. CDU, FDP und Grüne hatten einen Eilantrag vorgelegt. S. 3

### Plenum

In der Plenarsitzung im Oktober debattierten die Abgeordneten über viele Themen, darunter die Zukunft von Thyssenkrupp, eine Entlastung der Kita-Träger und Förderverfahren im Sport. S. 4-5

### Barmer Erklärung

Sie gilt als ein wegweisendes Glaubenszeugnis der Kirche im 20. Jahrhundert: Anlässlich des Reformationjahres zeigt der Landtag eine Ausstellung zur „Barmer Theologischen Erklärung“. S. 10-11

### Ausschüsse

Die Zukunft von Air Berlin, die Sicherheit an Flughäfen oder die Qualität der Luft an Rhein und Ruhr – drei von vielen Themen, mit denen sich die Abgeordneten in den Ausschüssen befassten. S. 14

## Nachschlag

### Mehr Geld für Kitas, Kliniken und Polizei



Foto: Schälte

# INHALT



Foto: Schälte

## „Licht und Schatten“

Sachverständige bewerten Nachtragshaushalt ...	S. 7
Standpunkte .....	S. 8

## Eilantrag

Forderung:

„Tihange abschalten“ .....	S. 3
----------------------------	------

## Aus dem Plenum

Meldungen .....	S. 4
-----------------	------

<u>Gesetzgebung</u> .....	S. 6
---------------------------	------

## Forum

Die Barmer Theologische

Erklärung .....	S. 10
-----------------	-------

## Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, [email@landtag.nrw.de](mailto:email@landtag.nrw.de)

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

<u>Aus den Fraktionen</u> .....	S. 12
---------------------------------	-------

## Aus den Ausschüssen

Meldungen .....	S. 14
-----------------	-------

## Im Porträt

Carina Gödecke (SPD) .....	S. 15
----------------------------	-------

<u>Kurz notiert</u> .....	S. 16
---------------------------	-------

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion (Red):** Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Dr. Stephan Malessa (sam), Susanne Ellert (ell), Thomas Becker (tob), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2850 (wib), 884-2442 (sam), 884-2107 (ell), 884-2309, 884-2304 (tob), (bs), Fax 884-2250, email@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Marc Herter (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Kai Schumacher (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Jan Miebach (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Donnerstag, 12. Oktober, 20 Uhr

**Auflage:** 30.000

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · [www.dehaar.de](http://www.dehaar.de)

### **Herstellung und Versand:**

reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de), [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Weitere Hinweise**



[www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de)

# Forderung: „Tihange abschalten“

## Landtag diskutiert über marode Atomreaktoren in Belgien

11. Oktober 2017 – Das Atomkraftwerk Tihange in Belgien, etwa 60 Kilometer südwestlich von Aachen gelegen, gilt als störanfällig, als Sicherheitsrisiko. Immer wieder sorgen technische Pannen und Haarrisse im Reaktorbehälter für Schlagzeilen und lösen Ängste in der Bevölkerung aus. Der Landtag hat sich nun erneut mit dem Thema befasst. Er fordert die Bundesregierung mehrheitlich auf, „stärker als bisher auf die belgische Regierung einzuwirken und auf eine Stilllegung der Pannenreaktoren zu drängen“.

Grundlage der Debatte war ein Eilantrag der Fraktionen von CDU und FDP, dem sich die Grünen anschlossen („Nordrhein-westfälische Regionen unterstützen und unabdingbare Transparenz gewähren – Tihange abschalten!“).

Auch **Dr. Werner Pfeil** (FDP) wies darauf hin, dass die Öffentlichkeit Anspruch auf eine Betrachtung der Sicherheitslage der Reaktoren durch unabhängige Gutachter habe. „Wir erwarten Transparenz.“ An erster Stelle ste-

sprach von „Panikmache“. Seine Empfehlung: Statt in „grüne Hysterie“ zu verfallen, solle man sich besser an „technisch-physikalischer Realität“ orientieren.

Die Ängste der Bevölkerung müssten ernst genommen werden, sagte Wirtschaftsminister **Prof. Dr. Andreas Pinkwart** (FDP). Die Landesregierung signalisiere grundsätzlich Dialogbereitschaft und schöpfe gemeinsam mit der Bundesregierung alle Möglichkeiten zu einer zeitnahen Schließung von Tihange und Doel aus.

Der Eilantrag der Fraktionen von CDU, FDP und Grünen wurde mehrheitlich angenommen – ebenso ein Entschließungsantrag der SPD-Fraktion („Tihange abschalten – grenzübergreifende Energieversorgung verbessern“, [17/869](#)).



Fotos: Schälte

Thomas Schnelle (CDU)

Dr. Werner Pfeil (FDP)

Wibke Brems (Grüne)

Karl Schultheis (SPD)

Dr. Christian Blex (AfD)

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP)

[17/849](#)). Wissenschaftliche Gutachten kämen zu dem Ergebnis, „dass die Vielzahl der Mikrorisse in den Reaktorbehältern deren Stabilität gefährde“, heißt es darin. Mittlerweile habe ein Gespräch zwischen dem Kraftwerksbetreiber Electrabel und Interessengemeinschaften aus Deutschland, Belgien und den Niederlanden stattgefunden. Es sei begrüßenswert, dass die Betreiber zu einem Dialog bereit seien. Die Landesregierung müsse mit Nachdruck darauf hinwirken, „dass die Betreibergesellschaft Electrabel Transparenz schafft, damit objektive Beurteilungen der Sicherheitslage von unabhängigen Experten vorgenommen werden können“.

**Thomas Schnelle** (CDU) dankte dem Bündnis, das im Juni mit einer 90 Kilometer langen Menschenkette gegen die „Pannenreaktoren“ in Tihange und im ebenfalls umstrittenen Kernkraftwerk Doel demonstriert hat. Die CDU-Fraktion unterstütze das Anliegen des Bündnisses, dass Unterlagen zum Zustand der Reaktoren unabhängigen Experten ausgehändigt werden sollen.

he die Sicherheit der Bevölkerung. Es dürfe keinen „Transparenzrabatt“ für die Betreiber geben.

**Wibke Brems** (Grüne) wies darauf hin, dass das Zugeständnis der belgischen Betreibergesellschaft, Akteneinsicht zu gewähren, von Taktik geprägt sei. Pannen seien in der Vergangenheit häufig vertuscht worden. Deswegen müsse Druck auf die Betreibergesellschaft und die belgische Atomaufsicht ausgeübt werden.

### „Gemeinsames Konzept“

Es gebe zunehmend Ängste, sagte **Karl Schultheis** (SPD). Er warb für einen „konstruktiven Dialog auf Augenhöhe“. Druck sei das falsche Mittel. Er empfahl, auf Belgien zuzugehen und gemeinsam ein Konzept zu entwickeln, „das einen schnellstmöglichen Ausstieg aus Tihange und Doel ermöglichen wird“.

Die Anträge spielten mit den Sorgen und Ängsten der Menschen, sagte **Dr. Christian Blex** (AfD). Sie seien „dreist und überheblich“. Er

Darin fordert sie die Landesregierung u. a. auf, „sich für einen konstruktiven energiepolitischen Dialog auf Augenhöhe zwischen Belgien und Deutschland und damit auch Nordrhein-Westfalen einzusetzen“.

toB, zab

### Sorgen in der Region Aachen

Der Landtag hatte bereits am 1. Dezember 2016 einstimmig die sofortige und endgültige Abschaltung der Kernreaktoren in Tihange gefordert. Die belgische Atomaufsichtsbehörde selbst bemängelte „gravierende technische und organisatorische Defizite beim Betrieb dieser Reaktoren“, hieß es damals in einem gemeinsamen Eilantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP ([16/13612](#)). Tihange liegt etwa 60 Kilometer von der Städteregion Aachen entfernt. Die Menschen dort sind seit Jahren besorgt, da immer wieder Pannen in dem Atomkraftwerk (AKW) bekannt wurden, darunter Tausende Haarrisse im Reaktorbehälter. Im Aachener Grenzland begann im September 2017 die vorsorgliche Verteilung von Jod-Tabletten. Sie sollen die Bevölkerung bei einem AKW-Unfall vor Schilddrüsenkrebs schützen.



## Thyssenkrupp

11.10.2017 – Der Landtag hat sich mit der geplanten Fusion von Thyssenkrupp mit dem indischen Stahlkonzern Tata Steel befasst. Grundlage war der SPD-Antrag „Die Stahlsparte von Thyssenkrupp muss in Nordrhein-Westfalen bleiben!“ (17/809), in dem die Fraktion fordert, dass Nordrhein-Westfalen Konzernsitz des neuen Unternehmens sein müsse. Thyssenkrupp hatte angekündigt, dass der Sitz nach der Fusion in den Niederlanden sein soll. Die SPD kritisiert, dass es sich bei dem Nachbarland um ein „Steuerparadies“ handle. Zudem werde die Montanmitbestimmung durch die Verlagerung „massiv bedroht“, weil die deutsche Mitbestimmung nicht in den Niederlanden gelte. Für den Antrag votierten in namentlicher Abstimmung 80 Abgeordnete, 115 waren dagegen.

## Polizeigesetz geändert

11.10.2017 – Der Landtag hat das nordrhein-westfälische Polizeigesetz in zweiter Lesung geändert. Die individualisierte anonymisierte Kennzeichnung von Beamtinnen und Beamten der Bereitschaftspolizei sowie von Alarmanheiten wird wieder abgeschafft. Für den Gesetzentwurf der Landesregierung (17/491) stimmten die Fraktionen von CDU, FDP und AfD. Die Fraktionen von SPD und Grünen waren dagegen. Die erweiterte Kennzeichnung war in der vergangenen Wahlperiode Bestandteil des Koalitionsvertrags zwischen SPD und Grünen und wurde am 6. Dezember 2016 gesetzlich verankert. Polizeigewerkschaften hätten kritisiert, dass die betroffenen Einheiten sie als „Ausdruck des Misstrauens“ empfänden, heißt es im Gesetzentwurf.

## Schwarzfahren

11.10.2017 – Die Fraktion der Grünen unterstützt den in der Presse geäußerten Vorstoß von Justizminister [Peter Biesenbach](#) (CDU), nicht

gehäuft auftretendes Schwarzfahren als Ordnungswidrigkeit und nicht mehr als Straftat einzustufen. In ihrem Antrag (17/798) schreibt die Fraktion, es sei eine Fehlentwicklung, dass Schwarzfahrerinnen und Schwarzfahrern Gefängnis drohen könne. Zudem würden durch die Einordnung als Ordnungswidrigkeit Haftkosten gespart sowie Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte entlastet. Zuständig ist allerdings der Bund. Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt. Die Fraktionen von CDU und FDP hatten den Entschließungsantrag „Funktionsfähigkeit von Polizei und Justiz erhalten – Sachgerechte Aufgabenkritik durchführen“ (17/883) zu dem Tagesordnungspunkt vorgelegt. Darin forderten sie die Landesregierung auf, Vorschläge zu erarbeiten, in welchen Bereichen Polizei und Justiz entlastet werden können. Der Entschließungsantrag wurde mit Mehrheit angenommen.

## Kinder- und Jugendförderplan

11.10.2017 - Die Fraktion der SPD forderte in einem Antrag (17/813) die Erhöhung der Mittel des Kinder- und Jugendförderplans von 109 auf 130,8 Millionen Euro. Die Erhöhung solle die vielfältigen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen verstetigen und neue und innovative Methoden ermöglichen. Damit steigende Personalkosten und weitere Kostenentwicklungen nicht zur Verringerung der Mittel führten, solle jährlich geprüft werden, ob ein finanzieller Ausgleich hierfür zu schaffen sei. Die Fraktionen von CDU und FDP stellten in einem Entschließungsantrag (17/882) fest, dass die finanzielle Ausstattung des Förderplans mit der Haushaltsgesetzgebung entschieden werde. Sie beauftragten die Landesregierung, zeitnah Eckpunkte für die Weiterentwicklung des Plans aufzustellen, und eine angemessene Erhöhung der Fördermittel zu verankern. Außerdem solle der Förderplan beispielsweise durch die Straffung der Förderbereiche entbürokratisiert werden. Zudem sei sicherzustellen, dass eine stärkere Förderung

der Infrastruktur nicht zu Lasten der Projektförderung gehe. Der Antrag der SPD wurde abgelehnt. Der Entschließungsantrag von CDU und FDP wurde angenommen.

## NRW-Interessen in Europa

11.10.2017 – Die Landesregierung soll die Interessen Nordrhein-Westfalens bei der Ausarbeitung des mehrjährigen Finanzrahmens der Europäischen Union „deutlich zum Ausdruck bringen“. Dies fordern die Fraktionen von CDU und FDP in einem gemeinsamen Antrag („Nordrhein-westfälische Interessen mit starker Stimme in Brüssel vertreten – Gestaltung des mehrjährigen Finanzrahmens und der Kohäsionspolitik nach 2020 im Sinne des Landes ausrichten“, 17/807). Der Finanzrahmen sei ein „zentrales Instrument für die Umsetzung europäischer Politik“, heißt es in dem Antrag. Herausforderungen wie Migration, Sicherheit der Grenzen und der „Brexit“ könnten jedoch zu erheblichen Prioritätenverschiebungen in der Budgetplanung führen. Dies gelte insbesondere für die EU-Kohäsionspolitik. Sie sei ein zentrales Instrument zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts: „Die größten Unterschiede in Wohlstandschancen, Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven werden durch die Kohäsionspolitik ausgeglichen“, grenzüberschreitende Zusammenarbeit werde gefördert. Zudem sollen Regionen unterstützt werden, „die in besonderer Weise von tiefgreifenden Herausforderungen betroffen sind“. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Europa und Internationale (federführend) überwiesen.

## Englisch in der Grundschule

12.10.2017 – Die AfD-Fraktion will den Englischunterricht in der Primarstufe abschaffen und dafür die Fächer Deutsch und Mathematik stärken. Seit 2003 werde an allen deutschen Grundschulen Englisch unterrichtet, die Richt-



linien seien aber von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich, heißt es im Antrag der Fraktion (17/794). Experten hätten die Qualität des Unterrichts kritisiert, zudem sei er nicht altersgerecht. Studienergebnisse legten nahe, dass ein früher Beginn des Englischunterrichts für die weitere Schullaufbahn „keine nennenswerten Vorteile“ bringe. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Schule und Bildung (federführend) überwiesen.

## Sport und Bürokratie

12.10.2017 – Die Fraktionen von CDU und FDP haben einen Antrag (17/808) eingebracht, um Sportverbände und -vereine durch ein „schlankes Förderverfahren“ zu entlasten und von „unnötiger Bürokratie“ zu befreien. „Aufwendige Antragsverfahren mit förderfähigen Kleinbeträgen einschließlich ausführlicher Dokumen-

tationspflichten über den Verwendungsnachweis“ würden die Vereinsarbeit derzeit unnötig belasten und Personal binden, heißt es im Antrag. Die Landesregierung solle im Rahmen ihrer Task Force „Entfesselungskampagne im Sport“ das „komplizierte Antrags- und Bewilligungsverfahren für Haushaltsmittel“ zeitnah überarbeiten und die Zuweisung von „fachbezogenen Pauschalen“ ermöglichen. Durch die Umstellung auf fachbezogene Pauschalen könne das Zuwendungsverfahren „deutlich gestrafft werden“. Ein Bürokratieabbau würde insgesamt Potenziale freisetzen, „die dem Sport direkt zugutekommen werden“. Der Antrag wurde an den Sportausschuss (federführend) überwiesen.

## Nächtliche Abschiebungen

12.10.2017 – Die Fraktion der Grünen hat die Landesregierung in einem Antrag (17/797)

aufgefordert, auf nächtliche Abschiebungen und Rücküberstellungen von Familien mit Kindern zu verzichten. Sie erinnerte an entsprechende Erlasse der vorherigen rot-grünen Landesregierung. Die Umsetzung der Erlasse müsse sichergestellt werden. Nach Angaben der Fraktion wurde eine Familie mit zwei Kindern (7 und 8 Jahre) im Juni 2017 „mitten in der Nacht“ aus einer städtischen Unterkunft in Essen geholt, um anschließend vom Flughafen Frankfurt/Main im Rahmen des Dublin-Verfahrens nach Toulouse „rücküberstellt“ zu werden. „Nächtliche Abschiebungen und Rücküberstellungen sind insbesondere für Kinder beängstigende Erfahrungen. Sie widersprechen dem Kindeswohl und verstoßen gegen die UN-Kinderrechtskonvention“, so die Grünen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Integrationsausschuss überwiesen.

## Neuer Abgeordneter verpflichtet

Landtagspräsident André Kuper (r.) hat am 11. Oktober 2017 Lorenz Deutsch als neuen Abgeordneten des Parlaments verpflichtet. Der 48-jährige Hochschuldozent aus Köln war über die Landesliste der FDP nachgerückt. Er folgt auf den langjährigen Fraktionsvorsitzenden der FDP, Christian Lindner, der sein Mandat niedergelegt hatte. Lindner war bei der Wahl am 24. September 2017 in den Bundestag eingezogen. Zum neuen Vorsitzenden wählte die FDP-Fraktion am 10. Oktober 2017 Christof Rasche.

Foto: Schälte





## GESETZGEBUNG

# Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss



**Fünftes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes** | [17/491](#) und [17/824](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 11. Oktober 2017 | angenommen

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017** | [17/821](#), [17/871](#), [17/872](#), [17/873](#) | Landesregierung | 3. Lesung am 12. Oktober 2017 | angenommen

**Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2017)** | [17/822](#), [17/874](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 11. Oktober 2017, Abstimmung am 12. Oktober 2017 | angenommen

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen** | [17/750](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 11. Oktober 2017 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

**Gesetz zur Rettung der Trägervielfalt von Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen** | [17/751](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 11. Oktober 2017 | Überweisung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

**Gesetz zur Sicherung der Akkreditierung von Studiengängen in Nordrhein-Westfalen** | [17/494](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 11. Oktober 2017 | angenommen

**Gesetz zur Änderung der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen** | [17/493](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

**Fünftes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen** | [17/492](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Gesetz über das Verbot der Gesichtsverschleierung in öffentlichen Gebäuden in Nordrhein-Westfalen** | [17/522](#) | AfD | Innenausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Gebührenfreiheit der Hochschulen des Landes NRW – Gebührenfreiheitsgesetz** | [17/85](#) | SPD | Wissenschaftsausschuss | Anhörung am 21. November 2017

**Gesetz zur Stärkung der persönlichen Freiheit im Rahmen des Nichtrauchererschutzes in Nordrhein-Westfalen** | [17/73](#) | AfD | in Beratung

# „Licht und Schatten“

## Sachverständige bewerten Nachtragshaushalt

28. September / 12. Oktober 2017 – Der Landtag hat den Nachtragshaushalt 2017 verabschiedet. Zuvor hatten sich Sachverständige zu dem Gesetzentwurf geäußert. Dabei gab es Lob und Kritik.

Der Nachtragshaushalt 2017 der Landesregierung wurde am 12. Oktober 2017 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen. Der Haushalt hat ein Volumen von 73,9 Milliarden Euro. Gegen den Entwurf ([17/821](#), [17/871](#), [17/872](#), [17/873](#)) stimmten die Fraktionen von SPD, Grünen und AfD. Die Nettoneuverschuldung beträgt 1,52 Milliarden Euro. 885 Millionen Euro sind für die Rückabwicklung vorgezogener Darlehenstilgungen seitens des landeseigenen Bau- und Liegenschaftsbetriebs (BLB) eingeplant. 500 Millionen Euro erhalten die Träger von Kindertagesstätten, 250 Millionen Euro werden in Krankenhäuser investiert. Rund 18 Millionen Euro sind für Personal und Ausstattung von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz vorgesehen. Und im Zusammenhang mit einer Neuregelung des Unterhaltsvorschussgesetzes tragen künftig das Land und die Kommunen jeweils die Hälfte der Ausgaben für den Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende, die der Bund nicht übernimmt.

### Folgen für Kommunen

In einer Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses am 28. September nahmen Sachverständige Stellung zum Gesetzentwurf. Der Nachtragshaushalt enthalte aus kommunaler Sicht „Licht und Schatten“, hieß es in der schriftlichen Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände. In der Anhörung sagte Dr. Matthias Menzel vom Städte- und Gemeindebund NRW, das Kita-Rettungspaket sei zu begrüßen. Auch die Investitionen in Krankenhäuser seien grundsätzlich positiv, allerdings müssten die Kommunen aufgrund des Automatismus der kommunalen Beteiligung an der Krankenhausfinanzierung 100 Millionen Euro zusätzlich aufbringen. Dies sei nicht akzeptabel. Stefan Hahn vom Städtetag Nordrhein-Westfalen sagte, die Neuregelung des Unterhaltsvorschusses führe zu einem „erheblichen bürokratischen Aufwand“ für die Kommunen.

Der DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion Nordrhein-Westfalen begrüßte in seinen schriftlichen Anmerkungen zum Gesetzentwurf die Absicht, Kitas besser auszustatten und Stel-

len bei der Polizei zu schaffen. Der DBB NRW kritisierte, dass Mittel, die im Personalhaushalt eingeplant waren, nicht verbraucht worden seien. Es sei offenbar nicht gelungen, eine hohe Zahl an offenen Stellen zu besetzen.

Die Deutsche Steuergewerkschaft NRW (DSTG NRW) schrieb in ihrer Stellungnahme, dass „angesichts der zusätzlichen Steuereinnahmen und der bereits absehbaren Minderausgaben“ eine niedrigere Nettoneuverschuldung machbar gewesen wäre. Die Rückabwicklungen der Sondertilgungen des BLB hält die DSTG NRW aufgrund „erheblicher Mehrkosten gegenüber der bisherigen Regelung“ für nicht sinnvoll. Die zusätzlichen Mittel für Kitas und Krankenhäuser bezeichnete sie als „sachgerechte Verwendung zusätzlicher Steuereinnahmen“. Kritisch sieht die Gewerkschaft, dass den Kommunen eine Investitionsverpflichtung bei den Krankenhäusern entstehe. Diese folgt daraus, dass Kommunen und Land gemeinsam die Krankenhäuser finanzieren.

Dr. Katja Rietzler vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung begrüßte in ihrer Stellungnahme die Entlastung der Kommunen beim Unterhaltsvorschuss ebenso wie die Krankenhausinvestitionen. Hierbei sei aber problematisch, dass die Kommunen dabei sehr kurzfristig und ohne Abstimmung in die Finanzierung eingebunden werden sollten. Die zusätzlichen Mittel für Kindertageseinrichtungen sorgten „zeitweise für eine Entspannung der Lage“.

Dr. Tobias Henze vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln schrieb in seiner Stellungnahme, die Haushaltslage in Nordrhein-Westfalen bleibe angesichts des weiterhin bestehenden Defizits und der Unwägbarkeiten der konjunkturellen Entwicklung herausfordernd. Investitionen in die Infrastruktur seien auch künftig erforderlich. Eine sinkende Neuverschuldung sei vor dem Hintergrund der ab 2020 geltenden Schuldenbremse von großer Bedeutung. Die Rückabwicklung der Tilgung durch den BLB eröffne zukünftige Handlungsspielräume.

In der schriftlichen Stellungnahme des Landesrechnungshofs hieß es, dass alle mit der Regierungsbildung begründeten Stellen als „künftig wegfallend“ vermerkt werden sollten. Der Landesrechnungshof stellte zudem fest, dass trotz günstiger Rahmenbedingungen wie Rekordsteuereinnahmen und geringen Zinsausgaben weitere Anstrengungen für eine Haushaltskonsolidierung erforderlich seien.

Birgit Westphal von der Gemeinnützigen Beschäftigungsgesellschaft Herne warnte in der Anhörung vor einer Kürzung der Landesförderung für den Sozialen Arbeitsmarkt. Die aktuell gute konjunkturelle Entwicklung wirke sich auf Langzeitarbeitslose nicht aus. Durch den Sozialen Arbeitsmarkt verbesserten die Betroffenen ihre Zugangsvoraussetzungen für den Ersten Arbeitsmarkt. Eine Kürzung der Landesmittel würde zu einer Einschränkung der pädagogischen und fachlichen Anleitung in den Maßnahmen führen. *sam*

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 8 und 9.

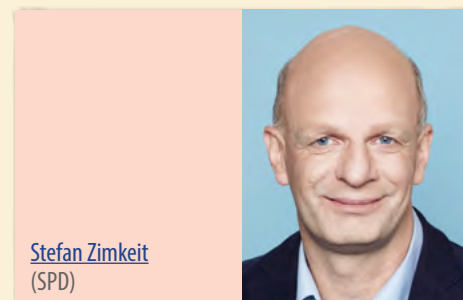
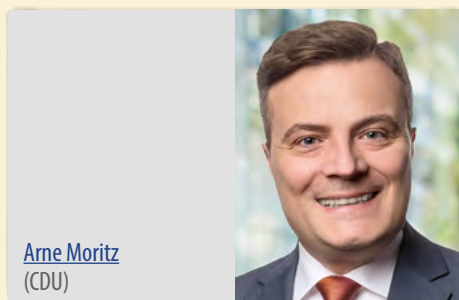
Foto: Schälte



TITELTHEMA

# Standpunkte

## Meinungen zum Titelthema „Nachtragshaushalt 2017“



**Der geplante Nachtragshaushalt der Landesregierung ist ...**

... ein reiner „Reparaturhaushalt“, der Fehler aus sieben Jahren rot-grüner Regierungsarbeit repariert.

... unsolide und unsozial, durch ihn werden die Kommunen zusätzlich belastet und Langzeitarbeitslose im Stich gelassen. Gleichzeitig werden 139 Stellen in den Ministerien geschaffen. Die Landesregierung wird ihrem eigenen Anspruch, neue Ausgaben durch Einsparungen zu realisieren, nicht gerecht: Die Neuverschuldung beträgt 1,5 Mrd. Euro.

**Die Höhe der Neuverschuldung ist ...**

... trotz Investitionen in innere Sicherheit, Kitas und Krankenhäuser und trotz Rückabwicklung der Darlehenstilgung von 885 Millionen Euro gegenüber dem BLB, über 90 Millionen Euro geringer, als von der Vorgängerregierung geplant.

... vor dem Hintergrund der steigenden Mehreinnahmen nicht nachvollziehbar. Hier müssen sich CDU und FDP an ihren Wahlversprechen messen lassen, neue Ausgaben nur durch Steuermehreinnahmen oder Einsparungen gegenzufinanzieren. Dies geschieht mit dem Nachtrag aber eben nicht, die Nettoneuverschuldung wird nur minimal reduziert.

**Die geplanten Investitionen sind ...**

... notwendig, weil sie dafür sorgen, dass keine Kita geschlossen wird, Überstunden bei Polizei und Justiz bezahlt werden und Krankenhäuser endlich wieder investieren können.

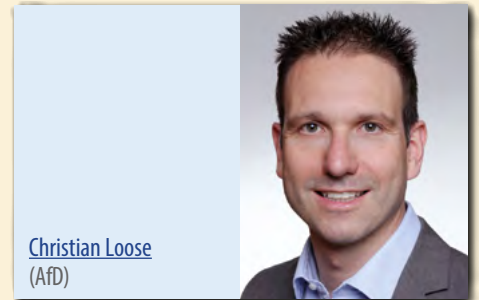
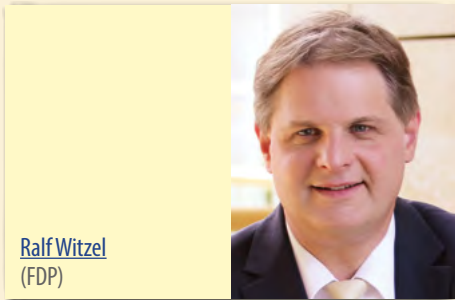
... teilweise richtig, etwa bei den Polizeineueinstellungen. Diese Forderung wurde unverändert aus dem SPD-Wahlprogramm übernommen. Das begrüßen wir. Sie stehen aber in einem krassen Missverhältnis zu anderen Maßnahmen, wie beispielsweise der wirtschaftlich unnötigen Rückabwicklung einer Sondertilgung des BLB. Diese kostet alleine 885 Mio. Euro und dient nur dazu, der Regierung ein Finanzpolster für die nächsten Jahre zu verschaffen.

**Die Neuregelung beim Unterhaltsvorschuss ist ...**

... gegenüber den Kommunen endlich fair geregelt. Im Moment zahlen die Kommunen 80 % des Landesanteils, das Land nur 20 %. Mit der Neuregelung reparieren wir diesen Rot-Grünen Fehler. Zukünftig teilen sich Land und Kommunen die Kosten zur Hälfte.

... richtig und zu begrüßen. Der finanziellen Entlastung beim Unterhaltsvorschuss stehen gleichwohl 100 Mio. Euro Mehrbelastungen durch die Krankenhausfinanzierung gegenüber. Für die Kommunen heißt das: Wie gewonnen, so zerronnen.





... naturgemäß ein Sofortprogramm zur Reparatur der schlimmsten rot-grünen Hinterlassenschaften. Das Land holt dringend notwendige Maßnahmen nach, die Rot-Grün sträflich vernachlässigt hat: Unterfinanzierte Kitas werden vor der Schließung bewahrt, Überstundenberge im öffentlichen Dienst abgebaut und die Innere Sicherheit durch mehr Polizeipersonal gestärkt. Ferner werden unsolide Haushaltstricks rückgängig gemacht.

... im Vergleich zur rot-grünen Haushaltsplanung trotz der Vielzahl notwendiger Initiativen des Politikwechsels von der schwarz-gelben Mehrheit um fast 100 Millionen Euro abgesenkt worden. So wird mit der Umsetzung unseres Versprechens einer niedrigeren Neuverschuldung begonnen, die es spätestens ab 2020 gar nicht mehr geben wird. Durch sinkende Zinslasten wird die Abhängigkeit des Landes vom Kapitalmarkt reduziert.

... langfristig nicht ausreichend, um den vom Landesrechnungshof kritisierten Verfall der öffentlichen Infrastruktur zu bremsen. Durch den Nachtrag beginnt das Land aber mit Investitionen in die Krankenhäuser von zusätzlichen 250 Millionen Euro. Dringende Sanierungen wie beispielsweise bei der Verkehrsinfrastruktur folgen in den kommenden regulären Haushalten. Der öffentliche Substanzverzehr ist zu stoppen.

... eine wichtige Entlastung der kommunalen Haushalte. Diese bezweckt die Abfederung der dort durch bundesrechtliche Änderung des Unterhaltsvorschusses für Minderjährige gestiegenen Kosten. Seither fällt für zahlreiche Kinder Anspruch auf Unterhaltsvorschuss an. Land und Kommunen teilen sich die Kosten jetzt hälftig. Das ist sachgerecht und fair. Rot-Grün hat dieses Problem vor der Abwahl nicht gelöst.

... der Offenbarungseid der neuen schwarz-gelben Landesregierung. Er zeigt, dass die Aussagen von CDU und FDP in ihren Wahlprogrammen, neue Ausgaben durch Einsparungen zu decken, keine Gültigkeit mehr haben. Trotz sprudelnder Steuererhöhungen werden Schulden aufgenommen. Den Rotstift setzt die Koalition beim Sozialen Arbeitsmarkt an – ein fatales Signal für die Langzeitarbeitslosen in unserem Land.

... gemessen an den finanziellen Spielräumen mit 1,2 Mrd. Euro Steuererhöhungen und 400 Mio. Euro Personalminderausgaben zu hoch. Da hilft auch die Ausrede eines „Reparaturhaushalts“ nicht weiter, wenn man zunächst 139 neue Stellen in der Ministerialbürokratie schafft. Der ehemalige Finanzminister Walter-Borjans hatte aufgezeigt, dass bereits 2017 ein ausgeglichener Haushalt möglich wäre.

... grundsätzlich notwendig. Die Krankenhausinvestitionsfinanzierung bringt finanzschwache Kommunen jedoch in große Bedrängnis, da sie die gesetzliche Eigenbeteiligung in ihren Haushalten nicht mehr aufbringen können. Eine Verschiebung des Einnahmeanspruchs nach 2018 nützt da gar nichts. Zu Recht kritisieren die kommunalen Spitzenverbände diesen Aktionismus, der nicht mit ihnen abgestimmt wurde.

... ein vernünftiger und folgerichtiger Kompromiss zur Entlastung von Alleinerziehenden und Kommunen. Sie folgt aus der wichtigen Verstärkung auf Bundesebene, auch Kindern bis zu einem Alter von 18 Jahren einen Anspruch auf Unterhaltsvorschuss zu gewähren und die Höchstbezugsdauer abzuschaffen.

... ein Zeugnis dafür, dass FDP und CDU leider dort weitermachen, wo SPD und Grüne aufgehört haben. Statt Prioritäten bei den Ausgaben zu setzen und schwarz-gelbe Wahlgeschenke durch Sparen an geeigneter Stelle gegenzufinanzieren, wird auf die zusätzlichen Steuererhöhungen zurückgegriffen.

... Beleg dafür, dass Sparen von FDP und CDU nicht gewollt ist. Von den zusätzlich sprudelnden Steuererhöhungen von fast 1,3 Mrd. Euro werden nicht mal 10 % für die Tilgung von Schulden eingesetzt, so dass eine hohe Nettoverschuldung verbleibt. Eine verantwortungsvolle Politik für unsere Nachkommen sieht anders aus.

... lediglich ein Tropfen auf dem heißen Stein. Rot-Grün hat die Sachinvestitionen in unsere Infrastruktur wie Straßen, Krankenhäuser, Schulen sträflich vernachlässigt. Die geplanten Investitionen reichen lediglich, um den Verfall unserer Infrastruktur zu verlangsamen. Es fehlt ein klares Bekenntnis zu einem Aufbau der Infrastruktur in NRW.

... eine Entlastung der Kommunen. Jedoch darf die Ausdehnung des Unterhaltsvorschussanspruchs auf 12- bis 17-jährige Kinder und das Entfallen der Höchstbezugsdauer von 72 Monaten nicht zu einer Gratis-Mentalität bei säumigen Unterhaltszahlern führen. Die Behörden müssen einem solchen Verhalten durch entsprechende Sanktionierung entgegenwirken.

# Die Barmer Theologische Erklärung

11. Oktober 2017 – Zum 500. Reformationsjubiläum ist im Landtag in Düsseldorf die Wanderausstellung „Gelebte Reformation – Die Barmer Theologische Erklärung“ zu Gast. Sie thematisiert die während des NS-Regimes entstandene „Barmer Theologische Erklärung“, eines der wegweisenden Glaubensbekenntnisse der Evangelischen Kirche.

Im Mai 1934 kamen in Wuppertal-Barmen 138 Männer und eine Frau zur ersten Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche zusammen. Mit der „Barmer Theologischen Erklärung“ schrieben die Teilnehmenden der Synode aus den lutherischen, unierten und reformierten Kirchen eines der wegweisenden Glaubensbekenntnisse der Evangelischen Kirche. Sie bezogen damit klar Stellung gegen die NS-Ideologie. Das Bekenntnis ist heute eine der Grundlagen der Evangelischen Kirche und wirkt in die Gesellschaft hinein.

## Zwischen Glaube und Politik

Landtagspräsident André Kuper eröffnete die Ausstellung gemeinsam mit dem Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Manfred Rekowski, in der Wandelhalle des Landtags. Die Ausstellung, die den Festakt zum Reformationsjubiläum am 17. Oktober 2017 im Plenarsaal begleitet, stellt dar, wie wichtig die Reformation für das gesellschaftliche Werteverständnis ist. Landtagspräsident Kuper sagte, dass die Reformation kein abgeschlossenes Kapitel in der Geschichte sei: „Sie erinnert uns daran, unser eigenes Handeln immer wieder kritisch zu prüfen, und ermutigt uns, unserem Gewissen zu folgen und Verantwortung zu übernehmen. Die Ausstellung zur Barmer Theologischen Erklärung ist uns ein willkommener Anlass, über das Verhältnis von Kirche und Staat in unserer heutigen Zeit nachzudenken.“ Auch Manfred Rekowski wies in sei-

ner Rede darauf hin, dass die Erklärung auch im 21. Jahrhundert noch immer aktuell sei: „Die Barmer Theologische Erklärung – ob als ‚Bekenntnis‘ oder nur als zeitgeschichtliches Dokument verstanden – zeigt, welche Rolle reformatorische Traditionen, der christliche Freiheitsbegriff, die Betonung der Eigenverantwortlichkeit und der Gewissensentscheidung jedes Einzelnen bei der Gestaltung einer demokratischen, friedlichen und sozialgerechten Gesellschaft spielen kann. Zugleich nimmt sie aber auch die Kirche im 21. Jahrhundert in die Pflicht, Transformationsprozesse in Staat und Gesellschaft mitzugestalten. Die Barmer Theologische Erklärung ist in ihrer Ausrichtung und Entstehung so aktuell wie zu ihrer Entstehungszeit. Heute wie damals gilt, dass der christliche Glaube nicht absegnet, was staatliche Ordnungen vorgeben oder die jeweilige politische Führung festlegt.“

## Freier Glaube bedroht

Bei den Kirchenwahlen 1933 hatten die sogenannten „Deutschen Christen“ in den meisten Landeskirchen eine Mehrheit errungen. Sie wurden von der NSDAP unterstützt und setzten nach der Wahl nationalsozialistische Grundsätze wie den „Arier-Paragrafen“ oder das Führerprinzip



in der Evangelischen Kirche durch. Damit wollte die NSDAP die Landeskirchen in Deutschland gleichschalten. Das war für viele Amtsträger der Kirche, aber auch Gläubige nicht mit dem christlichen Glaubensbekenntnis vereinbar. Massenhafte traten Gläubige aus der Kirche aus. Unter den Amtsträgern formierte sich Widerstand: Die lutherischen Kirchen, in denen die „Deutschen Christen“ keine Mehrheit bekommen hatten, befielen sich auf ihre Bekenntnisschrift und stellten sich damit gegen die „Deutschen Christen“. In den unierten Kirchen Preußens bildeten sich Parallelstrukturen neben denen der „Deutschen Christen“ und in Berlin wurde der Pfarrernotbund gegründet. Dieser unterstützte Pfarrer, die vom NS-Regime verfolgt wurden, und bekannte sich ausschließlich zur Bibel und zur Reformation.



Landtagspräsident André Kuper (l.) und Präses Manfred Rekowski in der Ausstellung zur „Barmer Theologischen Erklärung“.

## Gemeinsames Bekenntnis zu Jesu

Diese unterschiedlichen Strömungen trafen an drei Tagen im Mai 1934 in Wuppertal-Barmen zusammen. Die Teilnehmenden einigten sich auf sechs grundlegende theologische Thesen, die das Fundament für die Bekennende Kirche sein sollten. In den Thesen formulierten sie, dass sie eine Gemeinschaft sind, die sich allein auf Jesus Christus beruft. Sie erklärten, Verantwortung in der Welt zu übernehmen, und legten fest, dass kirchliche Amtsträger keinen Herrschaftsanspruch haben. Der Staat,

so ist es in den Thesen zu lesen, hat für Recht und Frieden zu sorgen, ist aber kein Ersatz für die Religion. Die Aufgabe der Kirche hingegen ist es, das Evangelium zu verkünden – und zwar unabhängig von Herkunft, sozialem Status oder der Bildung einer Person. Zum ersten Mal seit der Reformation selbst standen die unterschiedlichen evangelischen Konfessionen damit zu einem gemeinsamen Bekenntnis.

Als die Evangelische Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg neu gegründet wurde, wurde die „Barmer Theologische Erklärung“ eines der grundlegenden Glaubensbekenntnisse. Möglich war dies auch, weil die „Barmer Theologische Erklärung“ dabei den Freiraum ließ, die Bekenntnisse der unterschiedlichen Strömungen

der Evangelischen Kirche weiter anzuerkennen. Heute werden in vielen Landeskirchen Pfarrerinnen und Pfarrer bei der Einsetzung in ihr Amt auf die Erklärung verpflichtet. *ell*

## Ausstellung im Landtag

Noch bis Freitag, 3. November 2017, ist die Ausstellung im Landtag in Düsseldorf zu sehen. Interessierte können sie nach vorheriger Anmeldung montags bis freitags zwischen 11 und 17 Uhr besichtigen.

Telefon: 0211-884 2129

Mail: [veranstaltungen@landtag.nrw.de](mailto:veranstaltungen@landtag.nrw.de)

An Besucherwochenenden ist keine vorherige Anmeldung erforderlich.

Fotos: Schälte



# Sitzung

## AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

### Kinder und Jugendliche besser fördern

Wie können Kinder und Jugendliche besser gefördert werden und welche finanziellen Mittel und gesetzlichen Grundlagen müssen dafür zur Verfügung gestellt werden? Auf Einladung der CDU-Fraktion haben sich rund 140 Praktiker und Landtagsabgeordnete Anfang des Monats zu diesen Themen ausgetauscht. Konkret ging

es um die Neufassung des Kinder- und Jugendförderplans, der von 2018 bis 2022 gelten soll.

„Wir haben uns bewusst dafür entschieden, unser erstes Werkstattgespräch in dieser Legislaturperiode diesem wichtigen Thema zu widmen und alle Akteure an einen Tisch zu holen“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Bodo Löttgen im voll besetzten Fraktionsaal. „Gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der FDP wollen wir diese Erkenntnisse nutzen, um die Träger- und Angebotsvielfalt in der Kinder- und Jugendarbeit zu sichern und die besten Vorausset-

zungen für die Lebensbildung und Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen zu schaffen.“

Auch der familienpolitische Sprecher der Fraktion, Jens Kamieth, setzte sich für dieses Anliegen ein: „Als NRW-Koalition stehen wir zuverlässig dafür ein, die Mittel zur Verfügung zu stellen, die eine nachhaltige Umsetzung der Arbeit für unsere Kinder- und Jugendlichen möglich machen sollen. Mit der finanziellen Unterstützung werden wir uns auch um die strukturellen Belange kümmern, ohne die Projektarbeit aus dem Auge zu verlieren. Daher ist der Austausch mit allen Beteiligten so immens wichtig.“



Die Landtagsfraktion  
**CDU**

### Schwarz-Gelb muss sich zur Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit bekennen

Die SPD-Landtagsfraktion hat für das Oktober-Plenum einen Antrag zum Thema „Schulsozialarbeit“ gestellt. Josef Neumann, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, erklärt dazu:

„Schulsozialarbeit ist ein wichtiges Instrument, um Kindern und Jugendlichen aus finanziell benachteiligten Familien die Chance auf Teilhabe an schulischen und außerschulischen Aktivitäten zu ermöglichen. Seit dem Jahr 2015 fördert das Land die Schulsozialarbeit mit jährlich rund 48 Millionen Euro im Rahmen eines landeseigenen Förderprogramms. Dies ist notwendig, weil der Bund seit dem 1. Januar 2014 seiner Verantwortung zur Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit im Rahmen des



Josef Neumann (SPD)

Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) nicht mehr nachkommt. Deshalb ist das Land NRW bei der Finanzierung eingesprungen. Mit dem Antrag ‚Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen weiter sichern‘ machen wir deutlich, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Das derzeitige Landesprogramm ist bis Ende 2017 befristet. Die Kommunen, die Träger der Schulsozialarbeit und die Beschäftigten benötigen aber Planungssicherheit, um bereits jetzt die Weichen für die kommenden Jahre zu stellen. Bislang hat die neue Landesregierung aber noch keine Schritte eingeleitet, um die Voraussetzungen für eine Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit zu schaffen. Deswegen fordern wir Schwarz-Gelb auf, sich klar zur

Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit zu bekennen. Zudem muss im Landeshaushalt 2018 festgelegt werden, dass eine Weiterfinanzierung des Förderprogramms auch über das Jahr 2018 hinaus mit mindestens jährlich 48 Millionen Euro sichergestellt ist. Für uns steht aber auch fest, dass der Bund die Finanzierungsverantwortung für die Schulsozialarbeit vollständig übernehmen muss und sie als Regelleistung im Rahmen des BuT des SGB II gesetzlich verankert. Dazu muss die Landesregierung dringend auf Bundesebene aktiv werden und über den Weg einer Bundesratsinitiative die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen.“

Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit zu bekennen. Zudem muss im Landeshaushalt 2018 festgelegt werden, dass eine Weiterfinanzierung des Förderprogramms auch über das Jahr 2018 hinaus mit mindestens jährlich 48 Millionen Euro sichergestellt ist. Für uns steht aber auch fest, dass der Bund die Finanzierungsverantwortung für die Schulsozialarbeit vollständig übernehmen muss und sie als Regelleistung im Rahmen des BuT des SGB II gesetzlich verankert. Dazu muss die Landesregierung dringend auf Bundesebene aktiv werden und über den Weg einer Bundesratsinitiative die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen.“



## Wechsel an der Spitze der Fraktion

Staffelübergabe in der FDP-Landtagsfraktion: Christian Lindner hat nach der erfolgreichen Bundestagswahl und der Rückkehr der Freien Demokraten in den Deutschen Bundestag sein Amt als Fraktionsvorsitzender sowie sein Landtagsmandat niedergelegt. Die 28 Abgeordneten der FDP-Fraktion wählten Christof Rasche (55) zum neuen Vorsitzenden der Fraktion. Der Erwitter gehört dem Landtag seit dem Jahr 2000 an. Von 2002 bis 2012 war er stellvertretender Vorsitzender der Fraktion, seit 2012 deren Parlamentarischer Geschäftsführer. Rasche dankte Christian Lindner für seinen großen Einsatz und seine Arbeit in den letzten fünf Jahren als Fraktionsvorsitzender zum Wohle des Landes. Er kündigte an, die Arbeit der Fraktion entsprechend fortzusetzen – als Impulsegeber in einer vertrau-

ensvollen Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner. „Ich werde ein sehr kritischer Partner sein, aber ein ebenso verlässlicher“, sagte Rasche.

Zum neuen Parlamentarischen Geschäftsführer der FDP-Fraktion wurde Henning Höne gewählt. Der 30-jährige Coesfelder zog 2012 erstmals in den Landtag ein. Als stellvertretende Vorsitzende bestätigten die Abgeordneten Ralf Witzel (45) aus Essen und Marcel Hafke (35) aus Wuppertal. Zudem wurde Marc Lürbke (40) aus Paderborn zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Als Vizepräsidentin des Landtags gehört darüber hinaus Angela Freimuth (51) aus Lüdenscheid dem Fraktionsvorstand an.

Lorenz Deutsch (48) aus Köln ist für Christian Lindner in den Landtag nachgerückt. ■



**Freie Demokraten**  
Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen **FDP**

## Grüne ziehen Bilanz nach 100 Tagen Schwarz-Gelb: rückwärtsgewandt und mutlos

Attacken auf Klimaschutz und zukunftsfähige Arbeitsplätze, gebrochene Finanzversprechen, Abschleifen von sozialen Standards unter anderem beim Wohnen: Die neue Regierung ist in dieser Woche seit 100 Tagen im Amt. Ihre Weichenstellungen zeigen, welch rückwärtsgewandten Kurs Schwarz-Gelb in NRW einschlägt.

Versprechen, dass es 2022 weniger Stau gibt? Das will nun niemand mehr. Auch die Haushaltspolitik gibt es in zwei Zeitrechnungen. Schon im Nachtragshaushalt machen die einstigen schwarz-gelben Sparkommissare neue Schulden. Statt die starke NRW-Windbranche zu fördern, bremsen CDU und FDP sie ideologiegetrieben aus und agieren als Braunkohle-Schutzpatrone. Lobby-Interessen werden vor den Klimaschutz und das Gemeinwohl gestellt. Zu Recht laut ist der Protest gegen das Aus-

setzen der Landesbauordnung (Foto). CDU und FDP verunsichern so Investor\*innen und verschärfen die Wohnungsnot für Menschen mit Behinderung. Statt für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, wollen sie Mieterrechte schlei-



fen. Die Zukunft des wichtigen Sozialtickets ist offen. Personell musste Armin Laschet sich bereits korrigieren. Statt des Miteigentümers der Funke-Mediengruppe kümmert sich nun er selbst um Medienpolitik. Seine Landwirtschafts- und Tierschutzministerin Christina Schulze Föcking kann nicht erklären, wie sie erschreckende Bilder von leidenden Schweinen wie aus ihrem Familienbetrieb verhindern will.

„Maß und Mitte“ hat der Ministerpräsident zum Motto seines Regierens gemacht. Uns GRÜNEN ist das zu mutlos. NRW muss vorangehen: mit zukunftsweisenden Mobilitätskonzepten, innovativen Arbeitsplätzen und Chancengleichheit für jede und jeden – von Anfang an. ■

**GRÜNE**  
IM LANDTAG NRW

## Blick nach vorne



Der neue Vorstand der AfD-Fraktion (v.l.n.r.): Gabriele Walger-Demolsky, Sven W. Tritschler, Markus Wagner, Andreas Keith und Helmut Seifen

Die Woche nach der Bundestagswahl, in der die AfD als nun drittstärkste Kraft in den Bundestag einzog, begann für die NRW-Fraktion

mit einem Paukenschlag: Der bisherige Fraktionsvorsitzende und Landeschef Marcus Pretzell verließ Fraktion und Partei; mit ihm ging auch einer seiner Stellvertreter, Alexander Langguth.

Wie Pretzell und Langguth in mehreren Presse-Statements anschließend darlegten, liegen die Gründe dafür im persönlichen Bereich und haben nichts mit der Fraktion zu tun, deren Wirken und Arbeitsweise beide ausdrücklich lobten. Diese soll nun auch konsequent fort-

gesetzt werden: „Der Blick richtet sich nach vorn. Wir werden den bisher eingeschlagenen Kurs unbeirrt fortsetzen“, macht PGF Andreas

Keith deutlich. Helmut Seifen, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, pflichtet bei: „Einen Verlust auch als Chance zu begreifen und mit Tatkraft vorwärts zu gehen, sehe ich als Gebot der Stunde.“

Und auch der neue Fraktionsvorsitzende Markus Wagner lässt keinen Zweifel an der Entschlossenheit der Fraktion: „Wer glaubt, uns nun geschwächt zu sehen, der irrt. Ganz im Gegenteil, diese Fraktion wird nun noch enger zusammenrücken und den ihr vom Wähler gegebenen Auftrag verantwortungsvoll umsetzen.“ ■

**Alternative für Deutschland**  
Landtagsfraktion NRW



Foto: Schälte

# AUS DEN AUSSCHÜSSEN

## Air-Berlin-Insolvenz

27.9.2017 – Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung hat über die Insolvenz von Air Berlin beraten. Die Bundesregierung hatte kurzfristig einen Kredit von 150 Millionen Euro zur Überbrückung gewährt. Die Ausschussmitglieder äußerten die Sorge, dass der Luftverkehrsstandort Düsseldorf künftig kein Drehkreuz mehr sein werde und Transatlantikflüge dauerhaft wegfallen könnten, da u. a. Lufthansa mitverhandle und diese ihre Drehkreuze in Frankfurt/Main und München habe. Die Landesregierung will eigenen Angaben zufolge vor allem bei der Bundesregierung darauf hinwirken, dass sie sich in den Gesprächen im Insolvenzverfahren für einen wettbewerbsfähigen Standort Düsseldorf einsetzt.

## Rheinbrücke „Neuenkamp“

27.9.2017 – Der Verkehrsausschuss hat sich mit Schäden an der Rheinbrücke „Neuenkamp“ (A 40) befasst. Auf Basis eines Berichts der Landesregierung (17/115) haben die Ausschussmitglieder darüber diskutiert, welche Maßnahmen erforderlich sind, um die zwischen den Stadtteilen Neuenkamp und Homberg in Duisburg gelegene Brücke wieder verkehrstauglich zu machen. Dem Bericht zufolge gab es bereits 1996 und 2010/11 „umfangreiche Instandsetzungen“ an der Brücke und seit 2013 werde erneut an ihr gearbeitet. Aufgrund von Ermüdungserscheinungen sei ein „Ersatzneubau“ aber „unabdingbar“. Die Brücke solle auf insgesamt acht Fahrstreifen erweitert werden, die Gesamtkosten für den Ausbauabschnitt Duisburg-Homberg bis zu den Duisburger Häfen sind mit 330 Millionen Euro veranschlagt. Die Arbeiten sollen bis 2026 dauern. Die Ausschussmitglieder diskutierten u. a. darüber, dass zahlreiche Lkw mit einem Gewicht von mehr als 44 Tonnen trotz Verbots die Brücke passierten. An Kontroll-

maßnahmen werde derzeit „mit Hochdruck“ gearbeitet, heißt es im Bericht.

## Rettungspaket für Kitas

28.9.2017 – Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend hat über das Rettungspaket der Landesregierung in Höhe von 500 Millionen Euro für Kitas debattiert. Minister **Dr. Joachim Stamp** (FDP) berichtete, dass schnelle und unbürokratische Hilfe geleistet werden solle. Schließungen und Personalabbau sollten so in den nächsten zwei Jahren verhindert werden. Alle Fraktionen sprachen sich für mehr Geld für Kitas aus, zum Rettungspaket gab es aber auch Kritik. **Jens Kamieth** (CDU) sagte, dass das Rettungspaket den Kitas die nötige Luft zum Atmen gebe. **Josefine Paul** (Grüne) kritisierte, dass eine grundsätzliche Reform und nicht nur eine einmalige Zahlung nötig sei, um Kitas dauerhaft zu helfen. **Dr. Dennis Maelzer** (SPD) kritisierte, dass das Geld „mit der Gießkanne“ verteilt würde. Die Einrichtungen hätten jedoch unterschiedliche Probleme. **Marcel Hafke** (FDP) erwiderte, dass 80 Prozent der Kitas defizitär arbeiteten und allen geholfen werden müsse. Es brauche zudem Zeit, um ein neues Gesetz auf den Weg zu bringen. **Dr. Martin Vincentz** (AfD) sagte, dass abzuwarten sei, was die Maßnahme bewirke.

## Sicherheit an Flughäfen

28.9.2017 – Der Innenausschuss hat sich mit der Sicherheitslage an nordrhein-westfälischen Flughäfen befasst. Hintergrund waren Anfragen der Fraktionen von SPD und Grünen. Medien hatten zuvor über Mängel bei Kontrollen berichtet. Im Ausschuss stand ein Bericht des Verkehrsministeriums (17/136) im Mittelpunkt. Im Jahr 2016 seien fast 2.000 Qualitätskontrollen vorgenommen worden, heißt es darin. Über die Ergebnisse könne man aus Sicherheitsgründen keine Auskunft geben. Das System der Kontrollen sei fle-

xibel und habe sich „in vielen Jahren der Praxis bewährt“. Die Fraktionen von SPD und Grünen waren mit dem Bericht nicht zufrieden. Man habe konkrete Fragen gestellt, die jedoch nicht beantwortet worden seien – u. a., ob die Landesregierung wegen der festgestellten Mängel Kontakt zum Bundesinnenministerium aufgenommen habe. Der Einfluss des Landes sei begrenzt, berichtete die Landesregierung im Ausschuss. Man sei aber miteinander im Gespräch, um die Qualität der Kontrollen zu sichern.

## Luftreinhaltung

5.10.2017 – Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz hat sich mit den Überschreitungen des Stickstoffdioxid-Grenzwertes durch Autoabgase in einigen Städten befasst. Grundlage war ein Bericht der Landesregierung (17/157). Darin heißt es, eine Klage gegen den Luftreinhalteplan Düsseldorf liege derzeit beim Bundesverwaltungsgericht. Dieses solle u. a. klären, inwieweit nach jetziger Rechtslage Dieselfahrverbote verhängt werden können. Umweltministerin **Christina Schulze Föcking** (CDU) sagte, die Landesregierung lehne Dieselfahrverbote ab. Die Grenzwerte sollten durch geeignete andere Maßnahmen eingehalten werden. **Carsten Löcker** (SPD) mahnte, die Kommunen dürften finanziell nicht allein gelassen werden. Dieselfahrverbote seien abzulehnen. **Barbara Steffens** von der Grünen-Fraktion sagte, seit dem Diesel-Gipfel sei man von einer Hardware-Lösung für Pkw weit entfernt. Nur mit neuer Software werde man nichts erreichen. **Rainer Deppe** (CDU) sagte, Fahrverbote müssten vermieden werden, es gebe weitere Quellen der Luftbelastung, z. B. den Schiffsverkehr. **Dr. Christian Blex** (AfD) kritisierte den Stickstoffdioxid-Grenzwert. Dieser liege fern jeglicher Gesundheitsgefahr. **Stephan Haupt** (FDP) merkte an, dass auch mit der Bahn Gespräche wegen Diesel-Lokomotiven geführt werden müssten.

## Landtag trauert um Dr. Horst-Ludwig Riemer

Am 2. Oktober 2017 ist der frühere Vizepräsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Staatsminister a. D. Dr. Horst-Ludwig Riemer, im Alter von 84 Jahren gestorben. Landtagspräsident André Kuper würdigte den FDP-Politiker und ehemaligen stell-



Dr. Riemer im Jahr 1990

vertretenden Ministerpräsidenten als aufrichtigen und geradlinigen Demokraten, der sich um Nordrhein-Westfalen verdient gemacht habe. Im Namen aller 199 Abgeordneten kondolierte Kuper den Angehörigen. Der Landtagspräsident sagte weiter: „Wir werden seine menschliche Ausstrahlung und sein sicheres Gefühl für Stil und Würde des Parlaments vermissen und ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.“ Dr. Riemer gehörte dem Landtag von 1966 bis 1980 und von 1985 bis 1995 an. Von 1985 bis 1990 war er Vizepräsident des Landtags.

## Parlamentarischer Abend der NRW-Stiftung

Der Erhalt der Heimat Nordrhein-Westfalen stand im Mittelpunkt des mittlerweile 11. Parlamentarischen Abends der NRW-Stiftung am 10. Oktober 2017, zu dem Landtagspräsident André Kuper gemeinsam mit den Vizepräsidenten Carina Gödecke und Oliver Keymis sowie dem Präsidenten der Stiftung, Harry Kurt Voigtsberger, und dem Vorsitzenden des Fördervereins, Michael Breuer, zahlreiche Gäste im Parlament begrüßen konnte.

Landtagspräsident Kuper dankte in seinem Grußwort der Stiftung und allen Beteiligten für ihr Engagement. Er betonte: „Sie tragen dazu bei, dass die NRW-Stiftung gute und segensreiche Arbeit leisten kann, um unser Land noch ein Stück liebens- und lebenswerter zu machen, als es ohnehin schon ist.“

Vor Beginn des Parlamentarischen Abends hatte die NRW-Stiftung dem Landtag ein Foto des Düsseldorfer Künstlers Horst Wackerbarth übergeben, das ab sofort neben dem „Raum der Stille“ in der Bürgerhalle hängen wird.

Das Foto stammt aus einer Reihe von Bildern, die im Auftrag der NRW-Stiftung zum 70. Geburtstag von Land und Landtag sowie dem 30. Geburtstag der Stiftung im vergangenen Jahr entstanden war. Das Bild zeigt eine rote Couch – das Markenzeichen des Künstlers – im Schnee auf dem Kahlen Asten.

## Porträt: Carina Gödecke (SPD)

Die Niederlagen ihrer Partei bei der Landtagswahl im Mai und der Bundestagswahl im September beschäftigen Landtagsvizepräsidentin Carina Gödecke noch sehr. „Mir tut es persönlich weh“, gesteht sie ein. Ihr Mitgefühl gelte vor allem den vielen jungen Mitgliedern der SPD, die mit einer großen Volkspartei etwas verändern und bewegen wollten und sich jetzt „in einem 20-Prozent-Turm wiederfinden“. Die 58-jährige Abgeordnete aus Bochum ist dann manchmal froh, dass sie in der Politik schon viel erlebt hat: „Darum zieht mich das Ergebnis nicht komplett runter.“

Carina Gödecke kommt aus einer durch und durch sozialdemokratischen Familie. Schon ein Urgroßvater und ein Großvater waren Mitglieder in der SPD, Vater und Mutter gehörten eine Zeit lang dem Stadtrat in Bochum an. Sie selbst half in Wahlkämpfen, verteilte Flugblätter und klebte Plakate, als sie noch zu jung war, um Parteimitglied zu werden.

Genauso eng wie mit der Sozialdemokratie ist ihr Lebensweg mit der Firma Opel verbunden. Ihr Vater war Meister im Stammwerk in Rüsselsheim und wurde gebeten, beim Aufbau des neuen Opel-Werks in Bochum mitzuarbeiten. Nach anfänglichem Zögern zog die Familie vom idyllischen Groß-Gerau in die Großstadt an der Ruhr und wohnte nur einen Steinwurf entfernt von den neuen Fabrikanlagen. Die Tochter einer Arbeiterfamilie hatte einige Mühe, sich am Hildegardis-Gymnasium durchzusetzen – einer Schule, die in den 1960er- und 1970er-Jahren vor allem von Töchtern aus gutbürgerlichen Elternhäusern besucht wurde. Dass sie am mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig der hoch angesehenen Schule schließlich ein gutes Abitur ablegte, ist für sie noch heute der Beweis, dass man schaffen kann, was man sich vorgenommen hat – und darüber hinaus, wie wichtig Bildungspolitik für die Zukunftschancen der jungen Generation ist.

Diese Priorität spiegelt sich auch in ihrem beruflichen Werdegang wider. Sie studierte Chemie und Erziehungswissenschaften mit dem Ziel, Lehrerin zu werden, arbeitete vier Jahre lang für einen Bochumer Landtagsabgeordneten, bevor sie 1990 als pädagogische Referentin zum Heinz-Kühn-Bildungswerk wechselte. 1995 wurde sie erstmals in den NRW-Landtag gewählt. Schon fünf Jahre später wählte die Fraktion sie zu ihrer Parlamentarischen Geschäftsführerin, nach dem Amt des Vorsitzenden die wichtigste Funktion. Nach zehn anstrengenden Jahren wechselte sie 2010 ins Landtagspräsidium und nach dem Wahlsieg der SPD bei den vorgezogenen Wahlen 2012 wurde sie zur Landtagspräsidentin gewählt. Den Wechsel zurück auf den Stuhl der Vizepräsidentin nach



der Wahl im Mai hat sie sich gut überlegt. Sie ist überzeugt, dass sie mit ihrer Erfahrung im Präsidium bei der Bewältigung kritischer Situationen dort sinnvolle Arbeit leisten kann.

Der Grund, sich nach wie vor in der Politik, im Landtag wie in der Partei, zu engagieren, ist für Carina Gödecke derselbe wie zu Beginn ihrer politischen Laufbahn: Sie will helfen, die Welt ein Stück besser, ein Stück gerechter zu machen. Schülerinnen und Schülern habe sie einmal gesagt, wenn sie Regierungschefin wäre, würde sie ein „Kinder-glücklich-machen-Gesetz“ erlassen, damit jedes Kind morgens zu Hause ein Frühstück hat, dass es zwischen mindestens zwei Paar Schuhen wählen kann und dass immer mindestens ein Elternteil für das Kind da ist. „Durch mein politisches Engagement will ich verhindern, dass die soziale Schere immer weiter auseinandergeht, und ein Schlüssel dazu ist die Bildungspolitik“, ist ihre feste Überzeugung.

In der wenigen Freizeit, die ihr die politische Arbeit lässt, kümmert sich Carina Gödecke um ihre Familie und erfreut sich am eigenen Garten. Immerhin hat sie es geschafft, mindestens einmal im Monat mit ihrem Mann ins Kino, Theater oder in ein Konzert zu gehen. Und zu den Träumen, auf deren Erfüllung sie hofft, gehört einerseits, genügend Zeit zu haben, um ihr Schul-Englisch aufzufrischen – und andererseits der Aufstieg des VfL Bochum in die erste Bundesliga. Eine Dauerkarte fürs Ruhrstadion haben ihr Mann und sie bereits. *Peter Jansen*

### Zur Person

Carina Gödecke (58), 1. Vizepräsidentin des nordrhein-westfälischen Landtags, ist verheiratet und wohnt in Bochum. Seit 1. Juni 1995 ist die Sozialdemokratin Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen. In der 16. Wahlperiode war sie dessen Präsidentin.

## Kurz notiert

### Weimarer Dreieck

Landtagspräsident André Kuper hat am 27. September 2017 gemeinsam mit Vizepräsident Oliver Keymis die französische Botschafterin in Deutschland, Anne-Marie Descôtes, zum Antrittsbesuch im Landesparlament empfangen. Sie wurde vom Generalkonsul der Französischen Republik in Düsseldorf, Vincent Muller, begleitet. Am 2. Oktober 2017 konnte der Landtagspräsident dann den polnischen Botschafter in Deutschland, Prof. Dr. Andrzej Przyłębski, zum Antrittsbesuch begrüßen, der vom polnischen Generalkonsul und Doyen des Konsularischen Korps Nordrhein-Westfalen, Jan Sobczak, begleitet wurde. Der Präsident tauschte sich mit den beiden Diplomaten über die enge Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen, dem Landtag und Frankreich beziehungsweise Polen aus. Dazu gehört insbesondere die Zusammenarbeit im sogenannten Weimarer Dreieck, das Deutschland, Polen und Frankreich vor mehr als 25 Jahren aus der Taufe gehoben haben. Eine Zielsetzung ist die Abstimmung der Politik der drei Länder und die Stärkung der europäischen Integration. Nordrhein-Westfalen kooperiert im Regionalen Weimarer Dreieck mit den beiden Partnerregionen Schlesien und Hauts-de-France.

### Fraktionsaustritte

Die Abgeordneten Marcus Pretzell, Alexander Langguth und Frank Nepe sind im Oktober aus der AfD-Fraktion ausgetreten. Sie gehören dem Landesparlament künftig als fraktionslose Abgeordnete an. Zum Nachfolger von Marcus Pretzell wählte die AfD-Fraktion am 6. Oktober 2017 Markus Wagner zum neuen Vorsitzenden.

### Gestorben

- 13.9. Hans-Günther Toetemeyer (SPD/87)  
MdL 1966-1975
- 15.9. Horst Radtke (SPD/75)  
MdL 1985-2000
- 18.9. Dr. Egbert Möcklinghoff (CDU/93)  
MdL 1966-1973
- 26.9. Franz Karl Burgmer (CDU/87)  
MdL 1975-1985
- 2.10. Dr. Horst-Ludwig Riemer (FDP/84)  
MdL 1966-1980 und 1985-1995

### Neue Ausgabe

Die neue Ausgabe von Landtag Intern erscheint in der Woche nach dem nächsten Plenum, das vom 15. bis 17. November 2017 stattfindet. Online abrufbar ist sie voraussichtlich ab Freitagnachmittag, 17. November 2017, unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de).



## Kinder erobern den Landtag

Zum internationalen Weltkindertag hatte der Landtag am 17. September 2017 seine Türen geöffnet und rund 1.500 Kinder, Jugendliche und Erwachsene waren dabei. Landtagspräsident André Kuper beantwortete bei einer gespielten Pressekonferenz Fragen der Kinder (Bild oben) und im Plenarsaal konnten sie in die Rolle von Abgeordneten schlüpfen. Der internationale Weltkindertag stand unter dem Motto „Kindern eine Stimme geben.“ Landtagspräsident Kuper sagte: „Mir ist es ein Herzensanliegen, dass auch die Belange unserer ganz jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger im Landtag zur Geltung kommen. Wir müssen auch diese leisen Stimmen hören. Umso mehr freue ich mich über die zahlreichen kleinen und großen Besucherinnen und Besucher, die ihren Landtag erkundet haben.“ Zur Eröffnung sangen Kinder aus Düsseldorfer Kitas. Fotos: Schälte